

BREXIT NEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de



DIHK Brexit-Newsletter

23. August 2016

Eine Mehrheit der britischen Wähler hat sich für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

Inhalt

Thema des Monats	2
Der Brexit und die EU-Klima- und Energiepolitik	2
Wichtige Entwicklungen	3
Reaktionen auf Brexit: Merkel will Austritt zügig durchführen	3
Michel Barnier wird Verhandlungsführer der Kommission für die Austrittsgespräche	3
EU-Gipfel in Bratislava stellt Brexit-Weichen	3
Das Vereinigte Königreich gibt EU-Ratspräsidentschaft für 2017 ab	3
Julian King soll neuer EU-Kommissar werden	3
Premierministerin May ernennt neue Regierung	4
Brexit könnte bis 2019 dauern	4
Norwegen gegen Beitritt des Vereinigten Königreichs in die EFTA	4
Keine Grenzkontrollen in Nordirland	5
Ungewissheit über Zukunft britischer EU-Subventionen	5
Bundesbank: Börsenzusammenschluss von London und Frankfurt	5
Hintergrundmaterial	5
DIHK-Konjunkturoperte Dirk Schlotböller: "Es droht eine längere Hängepartie."	5
IWF senkt Wachstumsprognosen wegen Brexit	5
EZB-Umfrage: Wachstum wird geringer ausfallen	6
KfW-ifo-Mittelstandsbarometer: „Mittelstand reagiert besonnen auf Brexit-Schock“	6
The City UK: Sorge um Finanzgeschäfte	6
Veranstaltungen	7

Thema des Monats

Der Brexit und die EU-Klima- und Energiepolitik

Das Vereinigte Königreich (UK) ist seit Jahren eine treibende Kraft in der europäischen Klima- und Energiepolitik. Die heutige Ausgestaltung des EU-Instrumentenmixes hat London maßgeblich mitbestimmt. Wichtige Entscheidungen zum Klimaschutz sind nicht zuletzt auch auf britische Interessen zurückzuführen. Dies wirft die Frage auf, wie die EU ohne britisches Zutun heute aussehen würde. Hätten andere Länder das EU-Klimaziel für 2030 aufgrund anderer Mehrheiten im Rat signifikant entschärft? Und würde sich eine Einigung über die Teilung von Emissionsreduktionslasten („effort sharing“) in den nicht unter den Emissionshandel (ETS) fallenden Sektoren nicht noch schwieriger gestalten, wenn UK als überdurchschnittlich großer Lastenträger wegbrechen würde? Immerhin soll das Land nach einem jüngsten Vorschlag der EU-Kommission seine Nicht-ETS-Emissionen bis 2030 um 37 Prozent senken, während Portugal und Polen – auch wegen des höheren Beitrags des Vereinigten Königreichs – nur 17 und sieben Prozent erreichen müssen.

Aus dem Klimaschutz verabschieden wird sich UK jedenfalls nicht: Eine Woche nach dem Votum beschloss die Regierung, die Gesamttreibhausgasemissionen bis 2032 um 57 Prozent zu reduzieren. Schon heute liegt Großbritannien mit einer Emissionsreduktion von 34 Prozent (1990 - 2014) deutlich über dem EU-Durchschnitt (24 Prozent).

Vor dem Hintergrund des Einflusses Brüssels auf die Mitgliedstaaten hat London unter Berufung auf die Europäischen Verträge und das Prinzip der Technologieneutralität stets seine nationale Kompetenz beim Energiemix verteidigt und sorgt damit auch im Interesse anderer Länder, dass der Subsidiaritätsgedanke nicht zu kurz kommt. So setzt sich UK zum Beispiel dafür ein, dass neben erneuerbaren auch Kernenergie oder CCS als umweltfreundliche Technologien anerkannt werden.

Trotz starken Selbstbewusstseins ist sich UK seiner Abhängigkeit von Europa bewusst. Die Großhandelspreise für Strom liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die stärkere Vernetzung mit dem Festland gilt als Chance für die Minderung von Kosten und die Stärkung der Versorgungssicherheit.

Fazit: In Klima- und Energiepolitik wäre eine Fortsetzung des Miteinanders von EU und UK in beiderseitigem Interesse. Die Zeit wird zeigen, ob die EU ihre hohe gesetzgeberische klima- und energiepolitische Aktivität auch unter der möglich noch Jahre andauernden Unsicherheit weiterführen können. Die EU-Kommission ist willens, die für das zweite Halbjahr vorgesehenen Revisionen im Bereich erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Marktdesign wie geplant anzugehen. Let's wait and see! (Va)

Eine längere Version dieses Artikels finden Sie unter

<http://www.dihk.de/themenfelder/innovation-und-umwelt/info/ecopost>

Wichtige Entwicklungen

Reaktionen auf Brexit: Merkel will Austritt zügig durchführen

Es darf zu keiner „Hängepartie“ kommen - das war die Botschaft von Bundeskanzlerin Merkel nach einem Treffen mit Ministerpräsident Renzi und Präsident Hollande im Juni, auch wenn es Verständnis für ein späteres Austrittsgesuch vonseiten des Vereinigten Königreichs gibt. Bei einem Folgetreffen am 22. August wurde die enge Zusammenarbeit der Staaten insbesondere in Sicherheitsfragen untermauert. Premier May hatte bereits angekündigt, dass die britische Regierung den offiziellen Antrag auf Austritt aus der EU nach Artikel 50 nicht vor Ende 2016 stellen werde. Inzwischen spricht May von der Aufnahme der Austrittsverhandlungen ab April 2017.

Michel Barnier wird Verhandlungsführer der Kommission für die Austrittsgespräche

Die EU-Kommission hat den früheren französischen Außenminister Michel Barnier zum Verhandlungsführer für die Austrittsgespräche mit dem Vereinigten Königreich benannt. Laut dem [Pressebericht](#) der Kommission war besonders Barniers frühere Tätigkeit als EU-Kommissar für den Binnenmarkt entscheidend für seine Ernennung. Am 1. Oktober wird Barnier sein Amt inoffiziell antreten. Offiziell kann er das erst tun, wenn das Vereinigte Königreich das Austrittsgesuch nach Artikel 50 der EU-Verträge gestellt hat. Der belgische Diplomat Didier Seeuws wird die Verhandlungen seitens des Europäischen Rats leiten.

EU-Gipfel in Bratislava stellt Brexit-Weichen

Am 16. September treffen sich die Staats- und Regierungschefs ohne das Vereinigte Königreich zu einem [EU-Gipfel in Bratislava](#), um dort über die Zukunft der EU nach dem Brexit-Votum zu diskutieren. Von besonderer Bedeutung wird die Zukunft der EU-Institutionen mit Sitz in London sein. Betroffen sind unter anderem die Europäische Bankenaufsicht und die Europäische Arzneimittelbehörde. Unklar ist auch die weitere Zusammenarbeit in für das Vereinigte Königreich wichtigen Themen wie z.B. die gemeinsame Terrorbekämpfung in Form des Europäischen Polizeiamtes EUROPOL. Laut einem [Artikel](#) scheint ein Opt-In, also eine Beteiligung an Europol bei Nicht-EU-Mitgliedschaft, unwahrscheinlich.

Das Vereinigte Königreich gibt EU-Ratspräsidentschaft für 2017 ab

Die neue Britische Regierung hat auf ihre für das zweite Halbjahr 2017 vorgesehene EU-Ratspräsidentschaft verzichtet. Stattdessen wird die Ratspräsidentschaft von [Estland](#) um ein halbes Jahr vorgezogen.

Julian King soll neuer EU-Kommissar werden

Nach dem Rücktritt des EU-Finanzkommissars Hill hat Kommissionspräsident Juncker den früheren britischen Botschafter in Frankreich, Julien King, als neuen EU-Kommissar vorgesehen. Nachdem Hill in Folge des Brexit-Referendums zurückgetreten war, hatte der lettische Kommissionsvizechef Dombrovskis dessen Aufgaben übernommen. Laut [Pressemitteilung](#) wird sich King in Zukunft mit der Sicherheit und Terrorbekämpfung in der EU befassen.

Premierministerin May ernennt neue Regierung

Nach dem Abtritt David Camerons in Folge des Brexit-Referendums wurde die frühere Innenministerin Theresa May neue Premierministerin des Vereinigten Königreichs. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, den Austritt aus der EU zu regeln. Hierfür hat sie einen neuen Posten [geschaffen](#), den „Staatssekretär für den Austritt aus der Europäischen Union“, den der Abgeordnete David Davis übernimmt. Neuer Außenminister wird der Brexit-Befürworter und frühere Londoner Bürgermeister Boris Johnson. Dieser hatte nach dem Referendum überraschenderweise auf die Kandidatur als Premierminister verzichtet. Im Zuge des Aufbaus ihres Kabinetts hat May neben dem neuen Ministerium für den Austritt aus der EU noch weitere geschaffen bzw. umgewandelt: das Ministerium für Wirtschaft, Energie und Industrie und das Ministerium für Internationalen Handel.

Brexit könnte bis 2019 dauern

Laut einem [Zeitungsbericht](#) könnten sich die Austrittsverhandlungen des Vereinigten Königreichs mit der EU in die Länge ziehen. So seien die britischen Behörden noch nicht vorbereitet auf die Verhandlungen, da insbesondere das neue „Ministerium für den Austritt aus der EU“ noch aufgebaut werde.

Bank of England senkt Leitzins auf Rekordtief

Die britische Zentralbank hat den Leitzins des Pfundes auf 0,25 Prozent halbiert, um die Investitionen der Unternehmen auf der Insel zu erhöhen. Seit dem Brexit-Referendum hatte der Pfund deutlich an Wert verloren. Außerdem will die Staatsbank Staatsanleihen im Wert von 60 Milliarden Pfund kaufen, heißt es in dem [Pressebericht](#).

Norwegen gegen Beitritt des Vereinigten Königreichs in die EFTA

Die Norwegische Ministerin für Europäische Angelegenheiten Vik Aspaker hat sich in einem [Interview](#) zu dem möglichen Wiedereintritt des Vereinigten Königreichs zu der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA geäußert. Solch ein Beitritt sei nicht im Interesse Norwegens, da es die Machtbalance in der Organisation, der nur Nicht-EU-Staaten angehören, verändern würde. Bis zu seinem Beitritt in die EU 1973 war das Vereinigte Königreich Mitglied in der Organisation. Norwegen hat durch den Europäischen Wirtschaftsraum (EEA) Zugang zu dem Europäischen Binnenmarkt.

Schottland weiterhin für Verbleib in der EU

Da 62 Prozent der Schotten für den Verbleib in der EU gestimmt hatten, arbeitet die schottische Regierung an einem Verbleib in der EU. Am 25. Juli legte Nicola Sturgeon, Chefin der schottischen Regierung in Edinburgh, in [einer Rede](#) ihre Pläne dar. PREMIER May hingegen hofft auf einen geschlossenen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs und besuchte in ihrer ersten Amtsreise Schottland, wo sie Sturgeon volle Beteiligung an den Austrittsverhandlungen zusicherte. Sturgeon zieht die Option eines zweiten Referendums über den EU-Austritt in Schottland in Betracht. Dies könnte sie jedoch nur mit einer Parlamentsentscheidung aus London durchführen.

Keine Grenzkontrollen in Nordirland

Bei ihrem Besuch in Belfast erklärte Premierministerin May dass es zu keinen Grenzkontrollen zwischen Nordirland und Irland kommen wird. 56 % der Nordiren hatten für den Verbleib in der EU gestimmt. McGuinness, stellvertretender Regierungschef Nordirlands hatte bereits ein neues Referendum vorgeschlagen und sogar die [Wiedervereinigung mit Irland](#) ins Spiel gebracht.

Ungewissheit über Zukunft britischer EU-Subventionen

Die britische Regierung hat angekündigt, die Lücke, die durch fehlende EU-Subventionen entsteht, zu schließen, so heißt es in einem [Zeitungsbericht](#). Dies betrifft besonders britische Universitäten und die Landwirtschaft, die jedes Jahr EU-Zahlungen in Milliardenhöhe erhalten. Die Zukunft des [Erasmus-Programmes](#) ist jedoch weiterhin ungewiss.

Bundesbank: Börsenzusammenschluss von London und Frankfurt

Der Bundesbank-Vorstand Dombret stellt sich hinter den geplanten Zusammenschluss der Deutschen Börse und dem London Stock Exchange (LSE), auch als Brücke zwischen den beiden Volkswirtschaften. Eine Börsenfusion hätte Dombret zufolge das Potenzial, eine Lösung für die Finanzbranche zu sein: [reuters-Artikel](#). Bezüglich des künftigen Standortes [sprach](#) sich der Hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir auf einer zweitägigen London Reise für einen doppelten Firmensitz aus und warb für Frankfurt als alternativen Standort für Banken.

Hintergrundmaterial

DIHK-Konjunktur-experte Dirk Schlotböller: "Es droht eine längere Hängepartie."

Konjunktur-experte Dirk Schlotböller hat sich in einem [Beitrag](#) zu den negativen Folgen des Brexits für die deutsche Wirtschaft geäußert. Bereits jetzt meldet jedes vierte Unternehmen sinkende Exporte in das Vereinigte Königreich. Mehr als jedes vierte Unternehmen plant die Zahl der Mitarbeiter zu reduzieren und allgemein weniger in das Vereinigte Königreich zu investieren.

IWF senkt Wachstumsprognosen wegen Brexit

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat seine weltweiten Wachstumsprognosen von April 2016 von 3,2 auf 3,1 Prozent korrigiert. In dem [Update](#) des World Economic Outlook (WEO) von April 2016 begründet der IWF mit ökonomischen, politischen und institutionellen Unsicherheiten als Folge des Referendums des Vereinigten Königreichs seine Entscheidung.

EZB-Umfrage: Wachstum wird geringer ausfallen

In einer [Umfrage](#) der Europäischen Zentralbank haben Experten ihre Wachstumsprognosen für die Eurozone nach unten korrigiert. Grund sei der Ausgang des Referendums in dem Vereinigten Königreich und die daraus resultierende Unsicherheit auf dem europäischen Markt. Für das Jahr 2017 rechnet man nun nur noch mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 statt 1,6 Prozent. Auch der [ZEW-Index](#) des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung fiel im Juni um 26 Punkte und ist mit minus 6,8 Punkten auf dem niedrigsten Stand seit fast vier Jahren.

KfW-ifo-Mittelstandsbarometer: „Mittelstand reagiert besonnen auf Brexit-Schock“

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat in ihrem monatlich erscheinenden [KfW-ifo-Mittelstandsbarometer](#) die Folgen des Brexits unter die Lupe genommen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das Brexit-Referendum zu keinen negativen Schocks für den Mittelstand geführt hat, sondern das Geschäftsklima sogar leicht gestiegen ist. Einzig in exportintensiven Branchen kommt es zu Stagnationen und zu geringerer Investitionsbereitschaft. Auch eine [Studie](#) der GfK prognostiziert, dass die Konjunktur- und Einkommenserwartungen der Deutschen im August im Vergleich zum vorigen Monat leicht sinken werden.

The City UK: Sorge um Finanzgeschäfte

Der Branchenverband für den Finanzsektor The City UK veröffentlichte [den Bericht „A practitioner's guide to Brexit“](#). Der Brexit ist zwar nicht desaströs für die britische Wirtschaft, heißt es in dem Bericht, jedoch besteht das Risiko, dass es in Folge von Unsicherheiten und einem eingeschränkten Zugang zu europäischen Märkten zu Auftragseinbrüchen in der britischen Industrie kommt. Große Unternehmen, die in London ansässig sind, um dort Zugang zum Binnenmarkt zu haben, könnten in Folge des Referendums den Standort wechseln bzw. Geschäftsaktivitäten verlagern.

Informationen direkt aus London erhalten Sie auf dem Internetauftritt der [Deutsch-Britischen AHK](#):

Weitere Informationen finden Sie auch beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61

E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Veranstaltungen

In dieser Rubrik möchten wir die Veranstaltungen der IHK-Organisation zusammenfassen. Unten einige Beispiele uns bekannter Aktivitäten.

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Mehr Infos
29.August	Bremen	Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven	Brexit – Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft	IHK Bremen und Bremerhaven
14.September	Erfurt	IHK Erfurt	Brexit und die Folgen	IHK Erfurt
11.Oktober	Berlin	AHK Großbritannien	Erfolgreich in Großbritannien – Chancen & Risiken Post-Brexit	AHK Großbritannien